

Eidgenössisches Justiz- und  
Polizeidepartement  
Frau Bundesrätin  
Eveline Widmer-Schlumpf  
Bundeshaus West  
3003 Bern

1930

Bern, 4. November 2009 POM C

**Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands: Genehmigung der Notenaustausche zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft betreffend die Übernahme der Entscheidungen zum Aussengrenzfonds sowie der Zusatzvereinbarung mit der Europäischen Gemeinschaft über eine Beteiligung der Schweiz am Aussengrenzfonds**



## Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Bern dankt Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung vom 11. September 2009 und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass die Schweiz grundsätzlich die Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstandes zu übernehmen hat, soll nicht das Vertragswerk als Ganzes gefährdet werden. Er nimmt ebenfalls zur Kenntnis, dass durch die Übernahme der vorliegenden Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands und die Zusatzvereinbarung keine zusätzlichen Aufwände für die Kantone entstehen. Der Regierungsrat verzichtet deshalb auf eine detaillierte Stellungnahme und beschränkt sich auf einige grundsätzliche Bemerkungen.

Mit dem Schengener Abkommen fallen die Personenkontrollen an den Binnengrenzen grundsätzlich weg. Kompensiert wird dieser Wegfall in erster Linie durch eine verbesserte polizeiliche Zusammenarbeit und eine Stärkung der Aussengrenzkontrollen. Ausgehend davon ist eine finanzielle Beteiligung der Schweiz am Aussengrenzschutz unerlässlich. Die Verantwortung dafür darf nicht allein auf den aus geografischen Gründen vom Migrationsdruck zuerst betroffenen Staaten lasten, sondern muss von allen an Schengen-Mitgliedern gemeinsam getragen werden. Der Regierungsrat begrüsst deshalb die Übernahme der Entscheidungen zum Aussengrenzfonds sowie den Abschluss der Zusatzvereinbarung.

In diesem Zusammenhang erlaubt sich der Regierungsrat aber den Hinweis, dass die Umsetzungskosten im Zusammenhang mit der Assoziierung von Schengen/Dublin im

Vorfeld der Abstimmung besser hätten kommuniziert werden müssen. Diese Kosten wurden offensichtlich massiv unterschätzt oder zu wenig sorgfältig abgeklärt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

A handwritten signature consisting of a stylized, cursive 'L' shape followed by a small loop.

Der Staatsschreiber:

A handwritten signature that appears to be 'P. Perriard' written in a cursive style.

Kopie an:  
Bundesamt für Migration, Stabsbereich Recht, Frau Chantal Perriard (zusätzlich per E-Mail)